

V-4 Erhöhung der relevanten Haushaltsposten zur Unterstützung für Lehrkräfte und Schüler/innen gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus, an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen und in Ausbildungsbetrieben

Gremium: LAG Bildung
Beschlussdatum: 14.02.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

Antragstext

1 Die derzeitige Finanzierung, wie sie im Berliner Haushalt vorgesehen ist, reicht
2 vor dem Hintergrund der aktuellen Lage an Berliner Schulen und außerschulischen
3 Orten der Begegnung von Jugendlichen für eine qualitativ nachhaltige Arbeit die
4 stadtweit notwendig ist, nicht aus. So fordern wir eine **Verstetigung und**
5 **Erhöhung der Finanzierung für Träger**, die mit oder an oder in außerschulischen
6 Lernorte für einen interreligiösen, interethnischen, friedlichen Dialog arbeiten
7 und mit ihren Materialien und Angeboten Schulen/Betriebe unterstützen; die
8 meisten Positionen im Haushaltstitel haben sich in den letzten drei Jahren wenig
9 geändert. Sie werden dies auch voraussichtlich 2025 nicht tun, obwohl sich die
10 Stimmung, das Ausmaß an Gewalt- und Übergriffen (laut Monitoring Gewaltdelinquenz
11 2023) an den Schulen und Stätten für Jugendliche verändert hat.

12 Wir sehen es als zwingend notwendig an, dass **Lehrkräfte** und das **Personal** an den
13 Schulen/Betrieben berlinweit befähigt werden, durch Angebote niedrigschwelliger
14 Fortbildung auf Hassbotschaften im Klassenraum/am Ausbildungsplatz angemessen zu
15 reagieren (dieser Aspekt fehlt komplett in der Handreichung zur
16 Demokratiebildung an Berliner Schulen, Berliner Landeszentrale für Politische
17 Bildung), so geht es beispielsweise um die Einbindung von Multiplikator/innen
18 der Nachbarschaft für niedrigschwellige, freiwillige Dialogangebote in den
19 langen Pausen; um eine langfristige Bindungsarbeit durch Vertrauenspersonen an
20 den Schulen/in Betrieben für und mit Jugendlichen, die über die zumeist
21 dreijährigen Projektlaufzeiten kaum möglich ist.

22 Zudem müssen **Lehrkräfte durch niedrigschwellige Fortbildungsangebote** in die Lage
23 versetzt werden, Antisemitismus von legitimer Kritik an der Regierung und
24 Politik des Staates Israel und vom persönlichen Leid in Familien im Kontext des
25 Nahostkonfliktes zu differenzieren und die Begriffe Antisemitismus und
26 antimuslimischer Rassismus rechtssicher verwenden zu können. Die Definitionen
27 könnten sich an § 11 und §12 des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes

28 orientieren; dies könnte z.B. mit kurzen Präsenz-/Online-Workshops; aufsuchende
29 Beratung in den Schulen für die Lehrkräfte/in den Betrieben für
30 Ausbildungspersonal geschehen oder über die Erstellung von digitalen/haptischen
31 Informationsmaterialien, damit sich Lehrkräfte nicht ungewollt gegenüber der
32 Öffentlichkeit, Elternschaft und Schüler/innenschaft sowie der Justiz angreifbar
33 machen.

34 Geflüchtete Jugendliche müssen über weitere **Unterstützungs-**
35 **/Partizipationsangebote die Möglichkeit erhalten ihre Medienkompetenz zu erhöhen**
36 **und** ein vertieftes Verständnis für gesellschaftliche Rollen der
37 Stadtgesellschaft zu erhalten; diese Forderung umfasst zudem **Trainingsangebote**
38 für alle geflüchteten Jugendliche, um unsere Geschichte und die daraus
39 entstehenden Verpflichtungen zu verstehen; hierbei kann es sich um
40 niedrigschwellige Bildungsarbeit in einfacher oder Herkunftssprache (Prüfung und
41 Abgleich bestehender Angebote durch Menschen mit Migrations-/Fluchtgeschichte)
42 handeln. Wir fordern abschließend gerade in diesen aktuellen Lagen einen
43 gestärkten **Austausch von Jugendlichen und lokalen Multiplikator/innen** zwischen
44 Israel und auch Palästina durch beispielsweise das Vorantreiben des
45 internationalen Jugendaustausches als Säule der „soft diplomacy“ – Kultur und
46 Bildung, gerade für Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen; hierzu gehören
47 unter anderem die Etablierung von niedrigschwelligen Begegnungsformaten in
48 Berliner Bezirken für Jugendliche und Erwachsene;

49 Ein „nie wieder ist jetzt“ erfordert ein klares Bekenntnis der Stadtgesellschaft
50 hinsichtlich eines starken, sichtbaren Mitteleinsatzes.

Begründung

In Berlin gibt es ein großes Spektrum von Angeboten zu den oben erwähnten Punkten. Aber, die Situation in der Stadtgesellschaft hat sich jetzt sichtbar geändert und entwickelt sich schnell in verschiedene Richtungen einer Radikalisierung, einem Rückzug und wieder in ein Schweigen.

Feststeht - Jugendliche und Lehrpersonal brauchen einen klareren Blick auf die Situation im Nahen Osten hier vor Ort in Berlin in all seiner Komplexität – nicht mit der Schaffung von neuen Strukturen, sondern mit der Verstetigung und Weiterentwicklung von zivilgesellschaftlichen Angeboten in Berlin; besonders für gefährdete und geflüchtete Jugendliche. Hierzu müssen die Ressourcen im Haushalt 2024/2025 erhöht werden. Die Aktivitäten müssen berlinweit angeboten werden. Angesichts der Situation in Israel, Palästina und Libanon müssen wir hier in Berlin im schulischen Leben und Miteinander vor die Welle von Hass, Desinformation, Apathie und Gewalt kommen. Wir alle haben sehr viel versäumt: In den Schulen, Jugendclubs, in der Kultur, an alltäglichen Orten der Begegnung.

Wenn das „Jetzt“ von „Nie wieder ist Jetzt“ wirklich ernst gemeint ist, und wir es über einen langen Zeitraum auch leben wollen – in all unserer Vielfalt, brauchen wir zwingend mehr Öffentlichkeit, mehr Partizipation, flächendeckend in ganz Berlin, heißt mehr Haushaltsmittel.

V-4 Erhöhung der relevanten Haushaltsposten zur Unterstützung für Lehrkräfte und Schüler/innen gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus, an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen und in Ausbildungsbetrieben

Es ist an uns, zusammen mit den Partnern besser zu verstehen, wie ein Neubeginn des Dialogs zwischen jüdischen, muslimischen, interkonfessionellen Menschen aussehen kann – für einen friedlichen, sicheren Austausch mit Gesprächen, Begegnungen und Feiern – gemeinsam innehalten in schwierigen Zeiten.

Rechtsradikale und extremistische Rattenfänger nutzen die oft prekäre Lage von vielen Jugendlichen aus, schüren Hass durch Desinformation und Vorurteile, ermutigen zur Relativierung der Geschichte. Dem muss sich Berlin entgegenstellen. Das geht nicht in wenigen Wochen, sondern braucht eine Kontinuität im aktiven Handeln. In der Ermutigung des Lehrpersonals in Schulen und Betrieben und vor allem der Jugendlichen.